

Anlage 1

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an:

1. Kreisfreie Städte
2. Hauptamtlich geführte Städte und Gemeinden
3. Verbandsgemeinden

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.kommunales-sachsen-anhalt.de

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Herr Leindecker
Durchwahl: 0391 5924-310

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
Le-he

Datum
07.03.2019

**Pressemeldung:
Kommunale Spitzenverbände widersprechen dem IWH**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit einer gemeinsamen Pressemitteilung haben LKT und SGSA dem Präsidenten des Wirtschaftsforschungsinstituts Halle, Herrn Reint Gropp, widersprochen, der als Schlussfolgerung einer aktuellen Studie des IWH behauptet, der ländliche Raum in Ostdeutschland sei verloren.

Die Pressemitteilung übersenden wir Ihnen mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

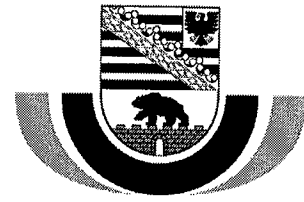

Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer

Anlage



**Kommunale Spitzenverbände
Sachsen-Anhalt**

Info-Kommunal



Kommunale Spitzenverbände Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg
Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444
E-Mail: post@sgsa.info

Pressemeldung

Landkreistag
Albrechtstraße 7, 39104 Magdeburg
Postfach 3663, 39011 Magdeburg

Telefon: 0391 56531-0
Telefax: 0391 56531-90
E-Mail: verband@landkreistag-st.de

Gemeinsame Homepage
[http:// www.kommunales-sachsen-anhalt.de](http://www.kommunales-sachsen-anhalt.de)

Magdeburg, 06.03.2019

Kommunale Spitzenverbände widersprechen dem IWH:

Nur ein Miteinander von Stadt und Land schafft eine nachhaltige Entwicklung

Verfassungsgrundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse beachten!

Magdeburg.- Sachsen-Anhalts kommunale Spitzenverbände haben dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) mit seinen zentralen Thesen zur künftigen Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland nachdrücklich widersprochen. „Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West sowie Stadt und Land hat eine feste Verankerung im Grundgesetz. Die Forderung, künftig nur noch einzelne, wenige ‚Inseln‘ zu fördern, steht hierzu in krassem Widerspruch und grenzt den größten Teil der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt aus“, betonten Jürgen Leindecker vom Städte- und Gemeindebund (SGSA) und Heinz-Lothar Theel vom Landkreistag Sachsen-Anhalt (LKT).

Aufgabe der Politik bleibe es, einen Ausgleich zwischen den Stärken und Schwächen der verschiedenen Räume innerhalb eines Landes zu finden. Hierbei seien natürlich politisch auch Schwerpunkte zu setzen, um bestehende Entwicklungschancen gezielt zu unterstützen. Dies gelte für Forschungseinrichtungen und Spitzentechnologien, die vorrangig die Zentren suchten. Mittelständische Unterneh-

men fänden hingegen vor allem im ländlichen Raum sowie in Klein- und Mittelstädten ideale Startbedingungen.

„Die Vielfalt unseres Landes ist die Chance für den Mittelstand“, hoben Leindecker und Theel hervor. „Wir haben viele Besonderheiten im Land, die gerade auf örtlicher Ebene auch beste Grundlagen für wirtschaftliche Entwicklung sind. Die sich hier bietenden Chancen dürfen nicht einem zentralen, theoretischen Förderansatz geopfert werden“. Theel und Leindecker erinnerten zudem daran, dass die wirtschaftliche Transformation nach 1990 gerade den ländlichen Raum schwer getroffen habe.

„Ein ganz anderes Problem ist die Tatsache, dass immer mehr Stadtkämmerer trotz Gewerbeansiedlung feststellen müssen, dass kaum Ertrag in der Stadtkasse verbleibt“, erläutert Jürgen Leindecker. „Wenn Gewerbeansiedlung aber dazu führt, dass die Kommunen zwar verschuldet sind, aber dauerhaft davon keinen Vorteil haben, stellt das die Ansiedlung von Betrieben in Frage“, berichtet Heinz-Lothar Theel. Vermehrt tauchten Fragen der Kommunalpolitiker auf, ob überhaupt noch Gewerbeansiedlung angestrebt werden soll. Die IWH-Studie stelle zwar die niedrige Steuerdeckungsquote der fünf ostdeutschen Flächenländer heraus, enthalte aber keine näheren Hinweise für die maßgeblichen Ursachen.

Auch das vom IWH für ganz Deutschland festgestellte Produktivitätsproblem müsse näher analysiert werden, wobei es auch im Interesse von Sachsen-Anhalt liegen müsse, die Produktivität im Land zu erhöhen. Dies spreche dafür, noch stärker in Bildung, Forschung, Innovation und Infrastruktur zu investieren. Gleichzeitig müssten Städte, Gemeinden und Landkreise finanziell so ausgestattet werden, dass sie in ihrem Gebiet aus eigener Kraft zukunftssträchtige Entwicklungen für Bürger und Unternehmen anstoßen könnten, meinten Theel und Leindecker

„Das System zur Verteilung des Steueraufkommens zwischen den Bundesländern muss auf den Prüfstand“, betonen Städte- und Gemeindebund und Landkreistag Sachsen-Anhalt. „Die ostdeutsche Wertschöpfung muss sich hier auch als Gewerbesteueraufkommen niederschlagen, sonst kann die Finanzkraft in Sachsen-Anhalt nicht gesteigert werden“, meinten Theel und Leindecker.